A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion DIE LINKE

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/4357 -
Politische Bildungsarbeit an Thüringer Schulen konse-
quent am Beutelsbacher Konsens ausrichten

Keine Öffentlichkeitsarbeit von Verfassungsschutz und
Bundeswehr an Thüringer Schulen

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Veranstaltungen, die vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und gegebenenfalls anderen Geheimdiensten vorbereitet und gestaltet werden, an den Thüringer Schulen nicht mehr zuzulassen;
2. Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr an den Thüringer Schulen, sei es zum Zwecke der Werbung junger Menschen für den späteren Kampfeinsatz oder zum Zwecke der Imageverbesserung der Bundeswehr, an den Thüringer Schulen nicht mehr zuzulassen.

Begründung:

Der Verfassungsschutz ist als verdeckt operierender Geheimdienst eine per se für Zwecke der Bildung an den Thüringer Schulen vollkommen ungeeignete Institution.

Dies gilt umso mehr, da seine Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Grundordnung wie gegenüber den Menschen- und Bürgerrechten nach den Enthüllungen der letzten Monate in der gesamten Öffentlichkeit stark in Zweifel steht.

Seit einigen Jahren steigt die Anzahl militärischer Unterrichtungen von Schülern in Schulen und auf Gelände der Bundeswehr bundesweit stetig an. Die sogenannten Jugendoffiziere, die die Hauptträger dieser Entwicklung sind, haben den Auftrag, aktuelle Kampfeinsätze zu rechtfertigen, das Prestige der Bundeswehr zu heben und gleichzeitig für militärischen Nachwuchs zu werben.

Nach Informationen der Organisation "terre des hommes" wurden 2009 über 700 000 Schüler, darunter auch Kinder von gerade einmal elf Jahren, erreicht. In der positiven Werbung für Militäreinsätze sieht "terre des hommes" einen Verstoß gegen die Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat.

Der koordinierte Einsatz von sogenannten Jugendoffizieren ordnet den öffentlichen Schulen direkt und systematisch eine Aufgabe in der Öffentlichkeitsarbeit für die Bundeswehr und die Gewinnung militärischen Nachwuchses zu. Eine solche Funktionalisierung widerspricht dem Bildungsauftrag der Institution Schule ebenso wie ihrer grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Verpflichtung zu Neutralität und Toleranz.

Zudem wird das Argument der politischen Bildung im Falle der Bundeswehr schon dadurch entwertet, als etwa Abgeordnete und Parteien als wichtige Träger der pluralistischen Demokratie zur Sicherung der politischen und weltanschaulichen Neutralität nur im Ausnahmefall Zugang zu Schulen erhalten, obwohl ihr Auftrag nicht in der Werbung von Freiwilligen für den Kriegsdienst, sondern tatsächlich in der Aufklärung über politische Strukturen und Inhalte in der Demokratie besteht.

Aus diesen Gründen sowie aus grundsätzlichen friedenspolitischen Erwägungen sind PR-Auftritte der Bundeswehr an den Thüringer Schulen schulrechtlich wie inhaltlich abzulehnen.

Für die Fraktion:

Blechschmidt